

Verwaltung der e-Gesundheitsdaten

Ärzte sollen Daten verwalten

WIEN – Die Wiener Ärztekammer warnt neuerlich vor den Risiken des Datenmissbrauchs der neuen e-Services wie ELGA etc. Datensicherheit sei nur gegeben, wenn die Daten unter 100-prozentiger Kontrolle der ÄK verwaltet würden. Die Mehrheit der Patienten sei dafür, nur wenige möchten Gesundheitsdaten von Hauptverband oder Gesundheitsministerium verwaltet wissen.

Mit „Sorge“ beobachtet OA Dr. JOHANNES STEINHART, Vizepräsident und Obmann der Kurie niedergelassene Ärzte der ÄK Wien, wie das Thema ‚Datenschutz‘ nur in sehr technischem Sinn abgehandelt wird: Von der Politik kämen lediglich Darstellungen und Visionen – daneben gäbe es jedoch Gefahren zu besprechen, seitens der Ärz-

Situation kommt.“ Das bedeute laut Dr. Steinhart kein generelles ‚Nein‘ zu aktuellen Entwicklungen, wohl aber gehe es um „Abklärung und Klarheit für den Patienten, wie mit den Daten umgegangen wird.“

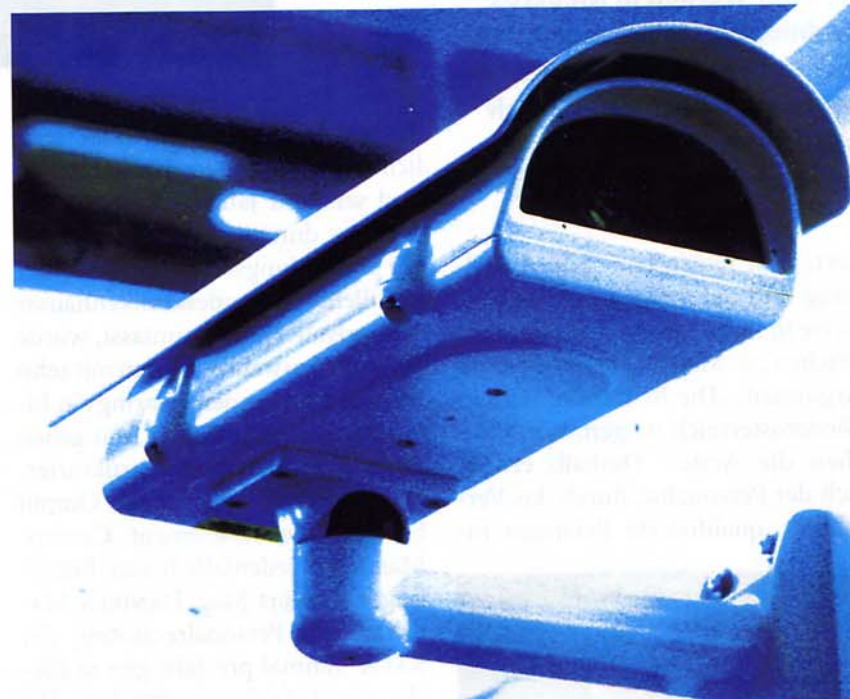
Die zeitliche Komponente des datenschützerischen Anliegens und im Besonderen von potenziellem Missbrauch wird deutlich, wenn Dr. NORBERT JACHIMOWICZ, stv. Kurienobmann niedergelassene Ärzte in der Wiener ÄK, vom Umgang mit hochsensiblen Daten als „hochbrisante Sache“ spricht: „Wir wissen nicht, wer in 10 Jahren darauf Zugriff hat“, skizziert Dr. Jachimowicz die Möglichkeit (nicht zuletzt am Arbeitsmarkt), dass Menschen mit erhöhten Risikofaktoren „bis ans Lebensende“ stigmatisiert und in ihrem beruflichen Werdegang behindert werden könnten. Dr. Jachimowicz: „Ich beschuldige keine öffentliche Stelle, dass Missbrauch betrieben wird, aber das ist eine hoch gefährliche

Explizit

„Wir wollen eine 100-prozentige Kontrolle durch die Ärzteschaft, denn wir müssen bei Gefahr in Verzug durch Missbrauch in der Lage sein, das System zu zerstören.“

Dr. Norbert Jachimowicz

te vermisst man eine entsprechende Klarheit oder ausführlichere Kommunikation an die Patienten.



Sache, ist ein Projekt, das auf leisen Sohlen daherkommt.“

Risiko für die Privatsphäre

Was bedeutet, fragt der im Fachbereich Öffentliches Recht an der Universität Salzburg tätige Univ.-Prof. Dr. DIETMAR JAHNEL, die Zusammenführung aller Gesundheitsdaten eines Menschen? Zweifellos „ein Risiko für die Privatsphäre, auch

Ängste und die Ungewissheit, wann alle Daten in einem Pool landen – die Daten entwickeln ein Eigenleben.“

Prof. Janel erläutert, dass es bei der Dateneingabe eine Vorabkontrolle durch eine Datenschutzkommission geben müssen. Daneben wird es zu klären gelten, wer – vor dem Hintergrund einer Gewährleistung der Datensicherheit – für die Speicherung und die Verwaltung der Daten verantwortlich ist und

Dabei streicht Dr. Steinhart einen Faktor heraus, der gleichsam das ethische Fundament des Arztberufes bedeutet: das Vertrauen. „Nichts hat den heilenden Beruf so ausgezeichnet wie das Vertrauen. Dieses Vertrauen ist eine entscheidende Qualität, und wir müssen darauf achten, dass es nicht über die Hintertür zu einer Aufweichung dieser

Fotos (2): Gregor Zeitler



Dr.
Norbert
Jachimowicz



OA Dr.
Johannes
Steinhart

wer schließlich überhaupt Zugriff hat. Dass die dafür erforderliche gesetzliche Basis noch geschaffen werden muss, ist aus der Aussage Prof. Jahnels zu schließen, dass ein „Gesetz für die Gesundheitsakte (ELGA, Anm.) geschaffen werden muss.“

Ärzte sollen im Interesse der Patienten verwalten

Zentraler Punkt für die Ärzterevertreter ist auch, dass nur jene Daten Verwendung finden dürfen, die von den Patienten auf freiwilliger Basis ausdrücklich dazu freigegeben worden sind – mit einem Widerrufsrecht. Dass dieses Interesse, die Gesundheitsdaten durch die Ärzteschaft verwalten zu lassen, auch deutlich zum Ausdruck kommt, wird durch eine Umfrage (OGM, August 2006, rd. 500 Befragte) untermauert, der zufolge über 70 Prozent der Befragten sich dafür ausgesprochen haben, dass die Daten „bei den Ärzten, das heißt in der Ärztekammer“ verwaltet werden. Nur 10 Prozent wollen die Daten vom Hauptverband verwaltet wissen, die Verwaltungshoheit beim Gesundheitsministerium wollen nur mehr 2 Prozent. Eine klare Ansage kam auch von Dr. Steinhart, dass bei vermehrtem bürokratischen Aufwand durch die Dateneingabe und Verwaltung seitens der Ärzteschaft diese Dienstleistung auch zu bezahlen sein wird – andere Berufsgruppen ließen sich solche Dienstleistungen teuer bezahlen. *Redpb*

PK „E-Health: Ärztekammer warnt vor Datenmissbrauch“, November 2006